

# Hallesche Neueste Nachrichten

## hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Zeitungslohn und 40 Cent Pfennige Zustellgebühr. Einmal der halleschen Nachrichten-Nummern: zehn Mark vierteljährlich.

Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zellen berechnet; die Zelle 0,21 Centimeter. Verlangens: Hans Drenthmann 14 an der Poststraße 17. Druckerei: Carl-Heinrich 7431. Druck-Verlag: „Gesellschaft Hallescher“, Markt-Regierung. Druckerei: Reinhold Ciesner, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 22513. Erscheinungsort: Verlagsort: Halle a. S.

### Gegenenglischer Wind.

#### Ägypten und Südafrika.

Die Zeichen mehren sich, daß England in seinen Kronländern und Dominationen in der letzten Zeit nicht Boden gewonnen, sondern verloren hat. Recht gelampt stehen die Dinge in Ägypten. Dort hat der nationalaffinische Ministerpräsident Jaglal Pascha eine Scheinmission vorgenommen, um gegen die englische Auffassung zu protestieren, daß der Sudan nicht aufgegeben werden könne. Die ägyptische Regierung erhebt ihrerseits Anspruch darauf, daß das Völkerrecht Vorrang vor dem Sudan wiederhergestellt wird, und es scheint, daß sich aus diesem Streitfall weitere Konsequenzen ergeben werden. Der ägyptische Ministerpräsident hat die Demission wieder zurückgenommen mit der Begründung, daß er weiter für die Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans kämpfen werde. Die ägyptischen Kundgebungen sind zunächst wohl nur atomarischer Natur, da sich die Macht in der Hand Englands befindet. Doch sind sie zweifellos kennzeichnende Symptome für die Stimmung, die in Ägypten mehr und mehr zum sich greift.

Ein anderes Kennzeichen dieser Art ist die Bildung des Kabinetts Herzog in Südafrika. General Herzog ist eine der markantesten Persönlichkeiten Südafrikas und steht in der Front der Kämpfer für die Unabhängigkeit dieses englischen Dominions. Im Laufe des südafrikanischen Krieges im Jahre 1899 erwarb er sich den Generalrang. Im Jahre 1908 begann er seine politische Laufbahn, als die beiden alten Burenpräsidenten von der englischen Regierung Campbell-Bannerman das Recht der Selbstverwaltung gegeben wurde. Die Herzog-Partei gewann damals einen überwältigenden Wahlsieg und Herzog wurde der berufene Mann gewesen, das Kabinett zu bilden. Er zeigte aber damals schon, daß er wenig Wert auf die Repräsentation legt und schlug deshalb den achtundzwanzigjährigen Abraham Fischer für den Posten des Ministerpräsidenten vor. Diese Lösung wurde angenommen. Von da ab zeigte er seine unerschütterliche Entschlossenheit für die Rechte Südafrikas einzutreten und er wurde in einem jetzt 15jährigen Kampf der beständige, aber auf der anderen Seite auch von ganz Südafrika.

Als dann im Jahre 1910 die südafrikanische Union gebildet wurde, fiel die Führerschaft zunächst dem General Botha anheim. Botha wurde Ministerpräsident und fand sich rasch inneren Anstich an das englische Weltreich. General Herzog trat zunächst in den Hintergrund. Wer die Dinge näher kannte, merkte, daß unter der Oberfläche Gegensätze vorhanden waren. General Botha vertrat eine ganz andere Auffassung als General Herzog. Und als Botha auf einer der englischen Reichskonferenzen, die er besuchte, den Anstich an das englische Weltreich allzu sehr betonte, schaute General Herzog sich nicht, seine Rede als imperialistisch und mit den südafrikanischen Interessen unvereinbar zu bezeichnen. Er trat Botha durch öffentliche Reden entgegen, die er in Südafrika hielt und in denen er zum ersten Male seinen berühmten Grundgedanken: Zuerst Südafrika und die Südafrikaner mit aller Entschiedenheit aufstellte. Dieser Gegensatz tief in der Burenpartei eine Krise hervor, die endlich die Gegensätze offen zum Ausdruck brachte. General Botha stellte, nachdem er zurückgekehrt war, an General Herzog das Ansuchen, daß er zurücktreten solle, und als Herzog sich dessen weigerte, trat Botha selber zurück, eine Aktion, die den Rücktritt des gesamten Kabinetts einschließlich des Generals Herzog zur Folge hatte. Botha wurde sofort aufgeföhrt, ein neues Kabinett zu bilden, das dann auch unter dem Anstich des Generals Herzog aufland kam. Damit war die Spaltung im Burenlager vollkommen.

General Herzog hat seitdem seine Propaganda für die Unabhängigkeit Südafrikas unermüdet fortgesetzt und seinen Mann gegen General Botha und nach dessen Tode gegen den General Smuts gehalten. Jetzt nach zwölf

### Deutschland und die Londoner Konferenz

#### Die Auswirkung des Gutachtens.

##### Neubildung der Reichsbank?

Die Finanzkontrolle auf Grund der Gutachten. Der diplomatische Berichterstatter der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt: In diplomatischen Kreisen sei die allgemeine Stimmung sehr gespannt auf das erwartete Ergebnis der Lösung finanziellen Leistungen ausproben optimistisch. Von zahlreichen Leuten wird sogar angenommen, daß der Dawes-Plan in der ersten oder zweiten Woche des September in Berlin in der Öffentlichkeit veröffentlicht werden werde. Dem Berichterstatter zufolge wird angenommen, daß der Hauptkommissar für kontrollierte Einfuhr ein Amerikaner sein wird. Seine Verantwortung würde sehr groß sein, da er tatsächlich so gut wie unbeschränkte Vollmacht in der Frage, in welcher Weise die deutsche Finanzverwaltung haben wird. Er werde im Falle eines großen Erfolges Deutschlands das Haushaltskontrollrecht übernehmen. Der Berichterstatter erzählt auch, daß der im Zusammenhang mit der deutschen Notenbank genannte Organisationsauschuss seinen Bericht der Reparationskommission unterbreitet, und daß dieser Bericht hauptsächlich für die Neubildung der Reichsbank eintreten wird.

Aus Berlin wird berichtet: Bei der Reichsregierung lag bis heute noch keine Einladung zur Teilnahme an der am 16. Juli stattfindenden Konferenz vor. Es ist anzunehmen, daß die alliierten Mächte während der nächsten Tage in irgendeiner Weise an die deutsche Regierung wenden werden. Noch läßt sich nicht sagen, in welcher Weise die Konferenz den deutschen Vertreter an den Londoner Verhandlungen erfolgen wird, ob sie nur, wie es bisher in verschiedenen anderen Konferenzen geschah, Verhandlungsteilnehmer der Londoner Verhandlungen betreffen sollen. Insoweit hat, wie bereits bemerkt, der Organisationsauschuss für die Einsetzung eines Sachverständigen durch den Beitritt des französischen Vertreters eine Verzögerung erfahren. Es ist jedoch zu erwarten, daß diese Verzögerung in Kürze behoben sein wird.

### Französische Offenherzigkeiten.

#### Erklärungen Herriots und Nollet.

Herriot und Nollet haben Mittwoch vor der Kommission der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten Erklärungen abgegeben. Herriot führte aus, daß er und Ramin Macdonald, wie er sagte, sich über die Einlegung deutscher Vertreter auf die Londoner Konferenz am 16. Juli noch nicht schlüssig geworden sind und eine Entscheidung in dieser Hinsicht erst im nächsten Augenblick gefaßt werden soll. Auf eine Anfrage der Mitglieder der Finanzkommission, welche Herriot, daß deutsche Subventionen nach Aufhebung der Schweberrichtungen zu einem Betrag ausgeben werden sollen, der 5 Milliarden Goldmark nicht übersteigen darf. Einerseits hat General Nollet die Erklärung abgegeben, daß die Verbindeten auf die Bitte der

Jahren hat seine Stunde geschlagen. General Smuts hat eine Niederlage erlitten und General Herzog ist zur Neubildung des südafrikanischen Kabinetts berufen worden. Er hat die Regierung mit den Vertretern der Arbeitspartei zusammen gebildet. Das gibt seinem Kabinett selbstverständlich eine gewisse Schwäche, da er auf die Wünsche der Arbeitspartei Rücksicht zu nehmen hat. Trotzdem aber ist die Bedeutung des Ereignisses unbestritten, das in der Bildung des Kabinetts Herzog liegt. Das Kabinett beweist, daß nun auch in Südafrika, das durch die englandfreundliche Haltung Bothas und des Generals Smuts lange Zeit zu der treuesten Gefolgschaft des Mutterlandes England gehörte, die Fäden der Selbstständigkeitsbestrebungen entfallen werden ist.

#### John Bull wird misstrauisch.

London, 2. Juli. Der Ausschuss für die Reichsverteidigung erklärte sich aus nationalen und strategischen Gründen für einmütig gegen den Bau des Kanalunnels, welche Entscheidung nach der „Times“ historische Bedeutung haben muß.

### Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

#### General Degoutte hat folgende Verfügung erlassen:

Art. 1. Alle Personen, die von den Befehlshabern seit dem 11. Januar 1923 ausgewiesen worden sind, und deren Ausweisung nach nicht zurückgenommen worden ist, sind berechtigt, in das belegte Gebiet der Ruhr und des Ruhrgebietes Düsseldorf zurückzuführen, mit dem Vorbehalt, daß sie die Vorschriften bezüglich des Verkehrs beobachten. Ausgenommen sind die Personen, die aus der belegten Anlage zurückgeführt sind, 2. die Beamten und Angestellten aller Charakere der Schutzpolizei, Art. 2. Soweit die Anweisungen des Art. 1 die Schutzpolizeibeamten und Angestellten der genannten Beamten wird eine endgültige Entscheidung später getroffen werden. Art. 3. Der der Regierungsrat von Düsseldorf wird beauftragt, die vorliegenden Vorschriften den betreffenden zur Kenntnis zu bringen. Art. 4. Die vorliegende Entscheidung tritt sofort in Kraft. Die der Verfügung des Generals Degoutte heiligende Ausweisung umschließt neben einer Reihe von Eisenbahn-, Polizei- und sonstigen Beamten u. a. folgende Persönlichkeiten: Herr Dr. Grünher, Düsseldorf; Bürgermeister Schmidt, Düsseldorf; Polizeipräsident Riederer, Essen; Oberbürgermeister Dr. G. M. H. Müller, Regensburg; Herr Dr. G. H. Müller, Landrat Schöne, Essen; Herr Dr. H. Müller, Präsident der Oberprokuratur des Reichsgerichts, Berlin; Herr Dr. H. Müller, Direktor v. d. Reichsbank, Berlin; Herr Dr. H. Müller, Direktor v. d. Reichsbank, Berlin; Herr Dr. H. Müller, Direktor v. d. Reichsbank, Berlin.

Nach der Londoner „Reichminister Gazette“ sollen die aus dem Ruhrgebiet und Rheinland ausgewiesenen, denen von den Franzosen gestattet wird, nach Hause zurückzuführen, aufgegeben werden, einen Eid zu leisten, daß sie sich während ihrer Abwesenheit in Frankreich und Befehlen der internationalen Rheinlandkommission gehorchen werden. Dies sei tatsächlich ein Verstoß gegen das Rheinlandabkommen, welches die souveränen Rechte Deutschlands verleihe.

### Der Münchener Vertrag wird gekündigt.

Düsseldorf, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung) Herr Dr. H. Müller hat heute Nachmittag um 11 Uhr im Auftrag der Sachverständigenkommission den Münchener Vertrag gekündigt. Das Kündigungsdekret hat folgenden Wortlaut:

Die Vertragsparteien mit der Regierung, die gleich nach Abschluß der Verhandlungen über die Kündigung des Münchener Vertrags erklärt worden sind, haben erachtet, daß die Regierung nicht in der Lage ist, den Rücktritt der Regierung zu erklären. Es ist auch dem Rat der Regierung unmöglich, die Forderungen des Vertrags zu übernehmen. Wir leben uns deshalb getrennt von dem Münchener Vertrag. Die Sachverständigenkommission der Regierung, die Herr Dr. H. Müller ist.

### England zur Kriegsgesellschaft.

Im englischen Unterhaus fragte der sozialistische Abgeordnete Noel, ob die Regierung ermoegen habe, daß eine weitere Veröffentlichung kritischer Vortragsdokumente der Öffentlichkeit zum Vorteil gereichen würde. Darauf erwiderte:

Der Premierminister habe beschlossen, daß einige (1) bezügliche Veröffentlichungen stattfinden sollen.

### Die Wirtschaftskrisis

Reichsbank, 3. Juli. Infolge der schwierigen Wirtschaftslage der polnisch-oberösterreichischen Länder kündigte die Reichsbank förmliche Angelegenheit und Beamte. Der Arbeitgeberverband von polnisch-oberösterreichischen in allen öffentlichen Werte ein Rundschreiben gelangt, in dem es heißt, daß infolge der schwierigen Lage der Welt Ende der Monats höchstens 50 Prozent des Lohnes ausgezahlt werden können. Das Kündigungslohn soll gezahlt werden, sobald die Werte dazu in der Lage sind. Ferner haben die Arbeitgeberverbände in polnisch-oberösterreichischen die Arbeiter verständigt, daß vom Juli an alle Forderungen im Betrag von 20 Prozent herabgesetzt und die Arbeitsverträge vom 1. Juli an ausgesetzt betrachtet werden.

### Industrie und Gutachten.

Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie nahm mit über 100 Stimmen gegen 10 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen folgende Resolution an:

„Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie bekräftigt die Entschiedenheit von Präsidium und Vorstand vom 24. April 1924 und erklärt, daß durch die inzwischen eingetretene Entwicklung der wirtschaftlichen Lage die Rebenen über die Eschbacherlei der Reparationsanträge erheblich verflärt sind. Er weist in Uebereinstimmung mit der großen Bedeutung des Gutachtens erneut darauf hin, daß die alsbaldige Wiederherstellung der vollen Administration und wirtschaftlichen Souveränität des Deutschen Reiches in den belegten Gebieten Deutschlands für den Fall der Annahme des Gutachtens gesichert sein muß.“

### Zur preussischen Politik.

Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der preussischen Koalition haben ihren Grund wenn auch nicht allein — in der Haltung des Zentrums zu der letzten Steuerentordnung der preussischen Regierung. Diese soll etwa 500 Millionen aus dem Staatshaushalt 10 Millionen aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen erbringen und ist die Deduktion für die durch das Vorgehen des Reiches notwendigen Erhöhungen der Beamtengehälter hien. Untagen vorber Beamteneinstellung hat das Zentrum bekanntlich im Hinblick auf die Koalition abgelehnt, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Befürchtung des landlichen Grundbesitzes. Die anderen Parteien der Koalition denken ihre Zustimmung zu der Vorlage von der Salzung des Zentrums abhängig zu machen. Es scheint, daß man neuerdings auf Seiten des Zentrums nach einem Auswege in dieser Konfliktlage sucht. Anknüpfend wird daran gedacht, die Entscheidung über die ganze Frage bis zum Herbst zu verschieben. Einsteilen würde das Abgleich in Geltung bleiben, der Staat könnte aber die Erhöhung der Beamtengehälter immer nur vorläufige begehren, da er ja nicht weiß, ob das Gesetz in einigen Monaten die Sanktion des Landtages erhält.

Es ist nicht zu verkennen, daß gegen eine solche Regelung schwerwiegende Bedenken bestehen. Ueberflüssig aber ist, daß die deutsche nationale Presse die Faktion der D. V. P. „Licht zu machen“ verläuft, um die Koalition in Preußen zu sprengen. Was die Haltung der Reichsregierung der Deutschen Volkspartei betrifft, so haben wir darüber schon gestern alles Notwendige gesagt. Sie behält sich ihre Entscheidung vor und wird die alle nach sachlichen und realistischen Gesichtspunkten treffen. Der „Total-Angriff“ ist wieder einmal schlecht unterrichtet, wenn er behauptet, daß die Reichsregierung über die Führung einer harten Druck auf die Preußenpartei zur Befreiung der großen Koalition ausbleibe. Ebenso ist der Behauptung, daß die „Rechtsradikale“ in der „Rechtsradikale“, der in dem Abgeordneten von Gernert beizulegen vermehrt, der im Landtage zur Lösung der Koalition hinarbeitet. Vielleicht ist das Wirken des Herrn von Gernert im Berliner Rathaus dem „Rechtsradikale“ und seinen Leuten unbekannt. Aber dort wie im Landtage handelt es sich für die D. V. P. um die Verfolgung einer laudablen Politik, an der sie in voller Freiheit festhalten wird, ohne sich durch Schwärzereien in der Presse links oder rechts abbringen zu lassen.

Berung im Kaiserlichen Reichsprozeß. Gegen das auf zwei Jahre Andaußaus laufende Urteil des Reichsgerichtspräsidenten im Reichsprozeß gegen das Mitglied des preussischen Staatsrates und sozialdemokratischen Abgeordneten Wittrod hat der Reichsgerichtspräsident an demselben Tag eine Bescheidigung beschlossen.

Die Neubildung der Reichsregierung. Der Reichsministerpräsident hat den Reichstag in Dresden eine Sitzung ab und nahm eine Entscheidung an, in der eine Neubildung der Reichsregierung auf dem 8. September in Aussicht genommen wurde. Die Neubildung der Reichsregierung für unbedingt erforderlich erklärt wird.

„Hofkonzert“. Ende vorigen Monats fand in Salzburg der Groß-Deutsche Parteitag statt, an dem auch einige deutsche Politiker aus der Reichsregierung teilnahmen. Gegen diese sechs Teilnehmer wurde nunmehr von der scheidenden Staatsanwaltschaft die Unterdrückung wegen Hochverrats eingeleitet.

Das amerikanische Einmündungsrecht in Kraft. Nach Verhandlungen mit Washington trat das Einmündungsrecht, das die Staaten ausbleibt, am 1. Juli in Kraft. Deutschland wurde die größte Einmündungsquote aller europäischen Staaten zugebilligt.

Verwaltungsreform.

Die Regierungsverläufe vor dem Landtag.

Auf der Tagesordnung der Landtagssitzung vom Mittwoch liegt zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Reform der Verwaltung, Staatsrechtlicher Minister.

Die Vorbereitung der notwendigen großen Verwaltungsreform, welche die Befähigung der Beamten, die den Weg zu werden mehr, das es den Weg zu werden mehr.

Die Finanzlage des Staates ist ein wichtiger Punkt der Verhandlung. Die Finanzlage des Staates ist ein wichtiger Punkt der Verhandlung.

Nachdem die Verhandlung über die Verwaltungsreform beendet ist, wird die Tagesordnung für den nächsten Tag festgesetzt.

Drohende Hungersnot in Rußland.

Die Angst vor dem Hunger.

Ein Prüfstein für das Sowjetregiment

Die Sowjetregierung „Pravda“ ludt der zunehmenden Beunruhigung wegen der schlimmsten Erntearbeiten entgegenzuarbeiten. Es müße zugegeben werden, daß in den weiten Gebieten am Uralrand der Wolga die Lage trübselig sei.

Dieser Sommer, heißt es, sei eine Prüfung des neuen Sowjet-Systems auf seine Festigkeit. Auf Tamerkan und Genialität komme es jetzt nicht an, sondern auf mühsame Arbeit und methodische Hilfe.

Was Herr Herd über die innere Lage in Rußland sagt, über die Heberung der russischen Revolution, die durch die Revolution zum Staat und für den Staat führen wird.

leistung beim Eintritt der Not. — Inzwischen beginnt die Bevölkerung des Gouvernements Jaroslavl aus Angst vor sommerlicher Hungersnot bereits abzuwandern.

Deutsche Kolonisten in Rußland zum Tode verurteilt. Aus bolschewistischer Quelle wird berichtet: Der oberste Gerichtshof der Krim in Simferopol verhandelte gegen 15 deutsche Kolonisten, die angeklagt waren, im Juni 1919 zurückgehenden Rotarmisten eingekerkert zu haben.

Verhaftung eines kommunikativen Kuriers. Ein Hauptbahnhof in Nürnberg wurde der Berliner Eisenbahndirektor Kellner festgenommen, der beim letzten Anlauf verhaftet wurde.

Opfer des Bürgerkrieges.

Das Preussische Landesamt veröffentlicht in seiner Zeitschrift Angaben über die in den politischen Unruhen und Grenzempören der Jahre 1919 und 1920 getöteten Personen.

Das an den Opfern der Unruhen alle Verordnungsstellen beteiligt sind, geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

Table with 2 columns: Position, Count. Includes: Militär, Sicherheitswehr, Marine, Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche, Polizeibeamte, Selbständige, Bauern, Handwerker, Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen ohne Beruf, Arbeiterinnen ohne Beruf.

Der weitaus größte Teil der getöteten Personen entfiel auf die Opfer von Militär, Marine und Polizei verhältnismäßig geringer Zahl. Auffallen mag in der Tabelle ferner die hohe Zahl der Schüler und Zöglinge sowie die Zahl der Ehefrauen unter den weiblichen Opfern der Unruhen.

lehteren sich auch solche befinden, die an den Unruhen nicht unmittelbar mitbeteiligt waren, sondern durch Zufall getötet worden sind.

Japan — Amerika.

Nach einer Mitteilung der japanischen Botschaft in London ist ein junger Mann in das Grundbüro der amerikanischen Botschaft in Tokio eingedrungen und hat die Flagge von Japan herabgerissen.

Die amerikanische Botschaft in Tokio wird von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. Man befürchtet antiamerikanische Demonstrationen sehr ersten Charakters.

Proteste gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz.

London, 3. Juli. Wie aus Japan gemeldet wird, ist es aus Anlaß der Inkraftsetzung des Einwanderungsgesetzes in den japanischen Großstädten zu neuen Protestkundgebungen gekommen.

Aufwanderungsanträge von Sozialisten. Der amerikanische Botschaft in Tokio ist seitens der amerikanischen Auswanderungsbehörde bekannt, daß es die 70 jährige Frau von der beiden Söhne in erster Reihe mitnehme.

Wetterbericht der Wetterkarte. Am 3. Juli. Die Wetterkarte zeigt, daß es in den meisten Teilen Deutschlands regnet oder schneit.

Wetterbericht der Wetterkarte. Am 3. Juli. Die Wetterkarte zeigt, daß es in den meisten Teilen Deutschlands regnet oder schneit.

Das bayrische Regierungsprogramm.

Ein Trennungspunkt zum Reich.

Die neue bayrische Regierung, die nach einer Kabinettskrise von mehr als 8 Wochen schließlich auf die Beine gestellt ist, hat sich Mittwoch dem bayrischen Landtag vorgestellt.

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Eit. St. M. Lind. Dresden 21.

„Die ist fast eine Stunde ungeschützt verwaist.“ Die alte Frau schaute ihm einen neuen Verband an. „Das ist ein sehr wichtiger Verband.“

Bayern gegen Auslieferung der Reichsbahnen.

München 1. Juli (Telunt). Die Debatte über die Schicksal der Bayerischen Eisenbahnen im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages wurde mit der Annahme nachstehenden Antrages der drei Regierungsparteien, dem auch die Regierung zustimmen will, abgeschlossen.

Der Bayerische Landtag beschließt, daß, wenn der Reichsbahnenvertrag nicht von dem Reich auszugehen sollte, das rein international eingeleitete Schicksal der Bahnen, die sie gesellte, auf dem Reich. Entschieden ist die Frage, daß die Bahnlinie, die sie gesellte, auf dem Reich.

Amorfi. Er steht sich selbst ein Kollid und die anzureichenden Städtchen und Dörfer.

„Das ist ein Kollid.“ Er steht sich selbst ein Kollid und die anzureichenden Städtchen und Dörfer. „Das ist ein Kollid.“

„Das ist ein Kollid.“ Er steht sich selbst ein Kollid und die anzureichenden Städtchen und Dörfer. „Das ist ein Kollid.“

Der Wald der ist das Menschenherz.

Der Wald der ist das Menschenherz. Der Wald der ist das Menschenherz. Der Wald der ist das Menschenherz.